

Nach den Kommunalwahlen in der Ukraine am 25. Oktober

PARTEIEN DER KIEWER REGIERUNGSKOALITION LANDESWEIT GUT VETRETEN. RECHTSNATIONALE „SWOBODA“ STARK IM WESTEN, „OPPOSITIONSBLOCK“ BEHAUPTET SICH IM OSTEN

Unter den Vorzeichen der in Teilen bereits seit Anfang 2015 laufenden Dezentralisierungsreform fanden an diesem Sonntag Kommunalwahlen in der Ukraine statt. Den Wahlen wurde bereits im Vorfeld eine herausgehobene Bedeutung zugemessen, da die Kommunen im Ergebnis der Reform deutlich mehr Kompetenzen, Gestaltungsmöglichkeiten und finanzielle Ressourcen erhalten. Dementsprechend groß war die Konkurrenz der politischen Parteien und ihrer Kandidaten nicht nur um die begehrten Ämter in den Großstädten Kiew, Charkiw, Odessa, Lwiw und Dnipropetrowsk.

Die Kommunalwahlen galten zudem als Stimmungsbild der Bevölkerung und als möglicher Probelauf für die nächste Parlamentswahl. Noch im September hatten Umfragen ergeben, dass aufgrund vieler enttäuschter Erwartungen an den Reformprozess 68 Prozent der Ukrainer kein oder kaum Vertrauen in die politischen Akteure ihres Landes haben. Dennoch entsprach die Wahlbeteiligung mit 46,6 Prozent fast dem Wert der letzten Kommunalwahlen 2010. Der Wunsch nach Pluralismus und einer Beschleunigung der Reformen war offensichtlich doch stärker als die allgemeine Politikverdrossenheit.

Der Wähler gab bewährten Bürgermeistern wie Kernes in Charkiw eine weitere Chance, honorierte die Anstrengungen von Saakaschwili und „BPP-Solidarnist“ im Oblast Odessa, orientierte sich aber auch an neuen Parteien wie der rechtsnationalen

„Ukrop“ in Dnipropetrowsk. Jedoch die absolute Dominanz einer Partei, wie es sie unter Janukowitsch mit der Partei der Regionen im Osten der Ukraine gab, ist definitiv zu Ende.

6,5 Millionen Ukrainer waren von den Wahlen ausgeschlossen

Im ganzen Land standen über 10.000 Bürgermeisterämter zur Wahl, mehr als 160.000 Stadtratsmandate waren zu vergeben, 132 alte und neue Parteien mit über 200.000 Kandidaten waren angetreten. Nicht wählen konnten die Bürger der Krim, der von Separatisten besetzten Gebiete im Osten des Landes sowie die Bewohner von 91 Wahlkreisen im ukrainischen Teil des Oblast Donetsk und respektive 31 im Oblast Lugansk, da aufgrund ihrer Lage an der Frontlinie das Sicherheitsrisiko als zu hoch eingeschätzt wurde. Nicht wählen konnten auch die 1,5 Millionen Binnenflüchtlinge, da das immer noch aus Sowjetzeiten stammende Meldegesetz eine Abstimmung ausschließlich am Ort der behördlichen Registrierung vorsieht. Die niedrige Wahlbeteiligung kam letztlich aber auch dadurch zustande, dass Briefwahl bis heute in der Ukraine nicht möglich ist. Neue diesbezügliche gesetzliche Regelungen konnten vor den Wahlen nicht mehr verabschiedet werden.

Neues kommunales Wahlrecht seit Juli 2015

Erst im Juli dieses Jahres war ein neues kommunales Wahlrecht in Kraft getreten,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UKRAINE

GABRIELE BAUMANN

Oktober 2015

www.kas.de/ukraine

das die Entwicklung des ukrainischen Parteiensystems fördern und die in der Vergangenheit sehr verbreitete Manipulation der Wähler durch Direktkandidaten unterbinden sollte. Direktmandate werden nur noch in Dörfern und kleinen Städten unter 90.000 Einwohnern zugelassen. In größeren Städten mit mehr als 90.000 Einwohnern dürfen die Kandidaten nur von Parteien aufgestellt werden, bei Nichterreichen der absoluten Mehrheit kommt es bei der Wahl des Bürgermeisters zu einer Stichwahl. Die Hürde für Parteien war von 3 Prozent auf 5 Prozent angehoben worden, was größere Parteien begünstigt. Eingeführt wurde zudem eine verbindliche Frauenquote von 30 Prozent. Das neue Gesetz hat auch das Erscheinungsbild des Stimmzettels mit der Auflistung von Parteien und dem Wegfall von Direktkandidaten verändert, was für viele Wähler zu einer großen Herausforderung wurde.

Teurer Wahlkampf mit wenig lokalen Inhalten

Dem Wähler bot sich am 25. Oktober eine breite Palette von alten und neuen Parteien in einem von starker Konkurrenz geprägten, wenig übersichtlichen und nach Meinung von Analysten sehr teuren Wahlkampf. Programmatisch behandelten die Parteien mehrheitlich nationale Fragen wie Verteidigung, Renten, kommunale Tarife und Gaspreise. Beobachter meldeten im Verlauf der Wahlkampagne wieder Verstöße wie Wählerbestechung mit Lebensmittelpaketen. Insgesamt aber bestätigten nationale und internationale Beobachter, dass die Unregelmäßigkeiten, die es am Wahltag gab, überwiegend technischer Art waren. In Mariupol und Krasnoarmijsk (Oblast Donezk) sowie in Swatowe (Oblast Lugansk) konnten die Wahlen wegen falscher oder beschädigter Stimmzettel nicht stattfinden und müssen nun wiederholt werden.

Einzug von Parteien in die Stadträte

„BPP-Solidarnist“ ist nach dem Stand der Auszählungen vom Montag in jedem großen Stadtrat mit 7 Prozent bis 15 Prozent der Mandate vertreten. In Kiew erhielt die Partei

mit 28 Prozent die Mehrheit, stark ist sie im Norden und in der Zentralukraine.

Im Gebietsrat von Odessa wurde sie mit 20 Prozent zweitstärkste Partei.

Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk hatte mit seiner gerade erst vor einem Jahr gegründeten Partei „Narodny front (Volksfront)“ auf eine Teilnahme an den Wahlen aufgrund sehr schlechter Umfragewerte bereits frühzeitig verzichtet.

Bemerkenswert gut hat Andrej Sadowyjs Partei „Samopomitsch (Selbsthilfe)“ abgeschnitten. Die Partei konnte neben ihren guten Ergebnissen im Westen und in Kiew auch die Wähler im Osten und Süden des Landes erreichen. In der Millionenstadt Charkiw, ehemals Bastion der Partei der Regionen, ist sie als zweitstärkste Fraktion neu im Stadtrat.

Julia Timoschenkos „Batkiwschtschyna (Vaterland)“ schnitt mäßig ab, die Partei erreichte die Wähler vor allem im Westen und in der Zentralukraine mit Ergebnissen zwischen 5 Prozent und max. 10 Prozent der Mandate.

Die Partei „Oppositionsblock“, hervorgegangen aus Anhängern des früheren Präsidenten Janukowitsch und finanziert vom Oligarchen Achmetow, gewann an Zustimmung unter den Wählern im Osten der Ukraine, verliert aber ihre absolute Dominanz aus früheren Zeiten.

Verbündeten des alten Regimes gelang es auch, über die Neugründungen „Nasch Kraj (unser Land)“ und „Vidrodzhenja (Erneuerung)“ im Süden und Osten der Ukraine wieder politische Ämter zu besetzen. Dies ist sicher auch ein Ergebnis dessen, dass Amtsmissbrauch und Korruption vieler Politiker aus der Ära Janukowitsch bis heute nicht strafrechtlich verfolgt wurden.

Die rechtsnationale Partei „Swoboda“ erhielt jeweils über 30 Prozent in ihren westukrainischen Hochburgen Iwano-Frankiwsk und Ternopil, allerdings mit jeweils starkem Gegengewicht von BPP, Samopomitsch und Batkiwschtschyna. Die „Radikale Partei“

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UKRAINE

GABRIELE BAUMANN

Oktober 2015

www.kas.de/ukraine

zieht dagegen bisher nur in zwei größere Stadträte im Westen ein, der „Rechte Sektor“ bleibt ohne Mandate.

Parteien als Vertreter eigener Interessen halten, langsam zu Ende geht.

Im Westen, aber auch im Osten der Ukraine konnte die rechtsnationale Partei der „Ukrainischen Patrioten - Ukrop“ des Oligarchen Kolomojski in einige Parlamente einziehen, in den Großstädten Dnipropetrowsk und Saporishje wurde sie am Sonntag sogar zweitstärkste Kraft.

Bürgermeisterwahl in Kiew

Noch im letzten Jahr hatte Vitali Klitschko bei der Kiewer Bürgermeisterwahl 57,4 Prozent der Stimmen erhalten. Seitdem war sein Rückhalt in der Bevölkerung zurückgegangen. Im August fusionierte Klitschkos Partei UDAR mit der Partei „BPP-Solidarnist“. Als seine größten Herausforderer unter 29 Gegenkandidaten am letzten Sonntag galten Boryslaw Bereza, der rhetorisch brillante ehemalige Pressesprecher des Rechten Sektors, sowie der bereits von 1998 bis 2006 in Kiew amtierende Bürgermeister Oleksandr Omeltschenko.

Am Sonntag nun gewann Klitschko den ersten Wahlgang mit 40 Prozent. Da die Auszählung am Montagabend noch nicht abgeschlossen war, ist noch unklar, auf wen Klitschko in der Stichwahl am 15. November treffen wird. Alle Kandidaten, die in Frage kommen, liegen derzeit mit weitem Abstand bei 10 Prozent.

Die Kommunalwahlen waren geprägt von Populismus und einer intransparenten Wahlkampagne. Die Wahlbeteiligung unterstreicht trotz aller Bedenken den Wunsch der Wähler nach Partizipation und Veränderung. Politische Parteien wurden mit dieser Wahl auf kommunaler Ebene gestärkt.

Ab Juli 2016 soll die Tätigkeit der Parteien auf eine neue, transparente finanzielle Grundlage gestellt werden. Erst vor wenigen Tagen verabschiedete die Werchowna Rada hierzu ein Gesetz zur staatlichen Finanzierung politischer Parteien.

Es bleibt zu hoffen, dass damit die Epoche, in der sich Oligarchen eine oder mehrere